



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

09. hét

2019.02.25.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Ungarische Innenpolitik – Antisemitische und rassistische Skandale erschweren den Zusammenschluss der Opposition.** Die antisemitische und rassistische Vergangenheit der Jobbik ist zugleich ihre Gegenwart: Die ungarischen Menschen halten die von Tamás Sneider geführte Partei am ehesten für eine antisemitische, rassistische und radikale politische Kraft. Das Scheitern beim Versuch, zur Volkspartei zu avancieren, erschwert zugleich ein Zusammengehen der Oppositionsparteien. Deshalb ist für den Mai nicht mit gemeinsamen Listen zu rechnen, wobei die Lage der Jobbik auch eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene bei den im Herbst anstehenden Wahlen erschweren dürfte.
- **Wirtschaftspolitik – Der Staatshaushalt zeigte im Monat Januar auch ohne die Fördermittel der Europäischen Union einen Überschuss.** Das stärkt weiter die Ambitionen der ungarischen Regierung, im Zentralhaushalt in den Jahren 2020 und 2021 kein Defizit zuzulassen. Die Finanzierbarkeit des Staatsbetriebs bewegt sich seit 2010 auf einer berechenbaren Bahn, weshalb die Aufwertung der ungarischen Staatsschulden durch die Ratingagenturen teilweise als Anerkennung dieser Entwicklung betrachtet werden kann.
- **Außenpolitik, Außenwirtschaft – Beim laut ursprünglicher Absicht als multilaterales Treffen geplanten Gipfel V4-Israel kam es letztlich zu bilateralen Gesprächen,** nachdem die politische Führung Israels die polnische Regierung wiederholt über diplomatische Kanäle angriff. Hinter diesen Meinungsverschiedenheiten stehen die nahenden Wahlen in Israel: Die beiden Wortmeldungen wurden hauptsächlich mit dem Ziel formuliert, innenpolitisches Kapital zu schlagen. Die Integrität der Visegrád-Gruppe wurde durch diese Angelegenheit nicht gefährdet, das Verhältnis zwischen Israel und Polen dürfte sich nach den Wahlen normalisieren.
- **Nachrichten, die Beachtung verdienen – Ungeachtet des auf eine politische Ebene gehobenen Konflikts zwischen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) und dem Ministerium für Innovationen und Technologien haben die Qualität der fachlichen Konsultationen und der Zustand dieses Prozesses mehr Fortschritte aufzuweisen, als die MTA offenlegen möchte.**

UNGARISCHE INNENPOLITIK

ANTISEMITISCHE UND RASSISTISCHE SKANDALE ERSCHWEREN EIN ZUSAMMENGEGEHEN DER OPPOSITION

In den vergangenen zwei Wochen hat sich wiederholt gezeigt, dass der seit 2015 verkündete Wandel der Jobbik zur Volkspartei auf Kommunikationsebene durchaus zu vertreten ist, im politischen Sinne aber nicht. Über die führenden Politiker der Partei stellte sich bei mehreren Gelegenheiten heraus, dass sie die Strategie des Zugehens auf die Linke unglaublich machen.

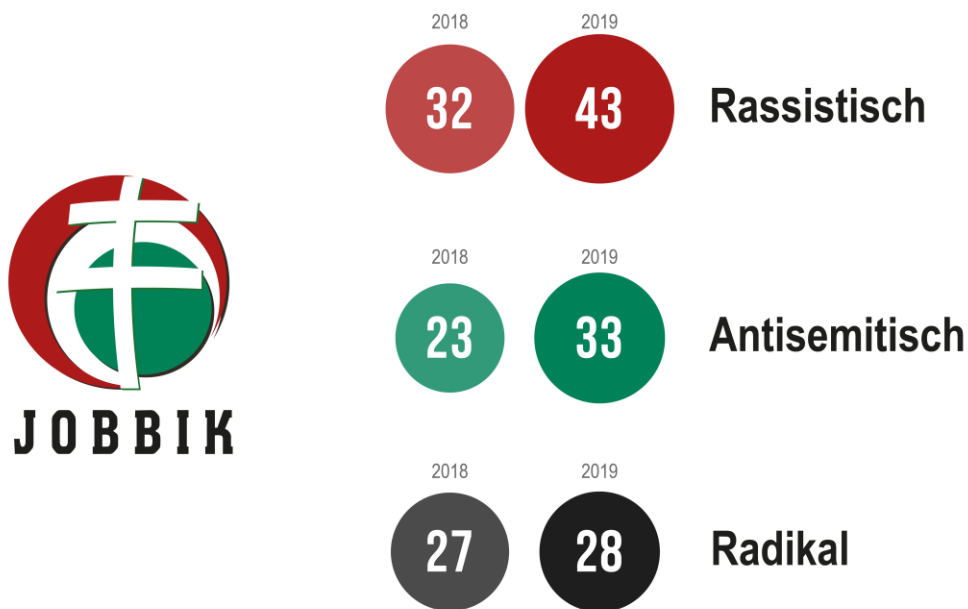
In Verbindung mit dem im vorigen Mai zum Vorsitzenden der Jobbik gewählten Politiker, dem Leiter der Parlamentsfraktion der Partei und dem am vergangenen Montag zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählten Vorsitzenden der Jobbik-Organisation von Miskolc werden immer neue Skandale öffentlich. Tamás Sneider, Márton Gyöngyösi und Péter Jakab gehören zum engsten Kreis der gegenwärtigen Führung; die negativen Meldungen in Verbindung mit ihren Personen dürften die Beurteilung der Jobbik in der Gesellschaft beeinflusst haben. Eine aktuelle Erhebung des Nézőpont-Instituts zeigt, dass die Ungarn die Jobbik auch weiterhin für die am ehesten antisemitische (33 Prozent), rassistische (43 Prozent) und radikale politische Partei (28 Prozent) halten. Im Vergleich zu einer ähnlichen Datenerhebung vom vorigen Juli legte der Anteil jener um 10 Prozentpunkte zu, die der Ansicht sind, dass die Jobbik unter allen ungarischen Parteien am ehesten mit der Eigenschaft des Antisemitismus belegt werden kann; und um 11 Prozentpunkte der Anteil jener, die Rassismus am ehesten der Jobbik zuordnen.

Ein weiteres Problem, das die Zusammenarbeit der Opposition erheblich beeinflussen dürfte, besteht darin, dass die Partei unter Führung von Tamás Sneider auch unter den Sympathisanten der Linken als die am ehesten rassistische (41 Prozent), antisemitische (33 Prozent) und radikale Partei (36 Prozent) angesehen wird.

Im am weitesten fortgeschrittenen Zustand befindet sich der Versuch eines Zusammengehens von Jobbik und LMP: Der Co-Vorsitzende der LMP, László Lóránt Keresztes, bewertete den Linksruck der Jobbik als glaubwürdigen Prozess. In Verbindung mit dieser Zusammenarbeit gibt es jedoch Debatten zwischen den beiden Parteien, nachdem die Jobbik eine Partei mit einem zweistelligen Wählerlager ist, wohingegen die LMP um den Wiedereinzug ins Parlament bangen muss. Obendrein besitzt das Wählerlager der LMP ein ausgesprochen starkes Budapester Profil, während die Bürger der

Hauptstadt in überdurchschnittlichem Maße die Auffassung teilen, wonach sich die Jobbik mit den drei oben genannten Eigenschaften beschreiben lässt. Der Versuch einer Geschichtsverfälschung durch die Opposition im Zusammenhang mit der Beurteilung der Vergangenheit der Jobbik könnte dazu führen, eine verständnisvollere Position gegenüber dem Antisemitismus auszuprägen, während die Regierung von Fidesz-KDNP gegenüber derartigen politischen Meinungsäußerungen eine Nulltoleranz verkündet hat.

DIE JOBBIK IST NACH ANSICHT DER UNGARN DIE AM EHESTEN RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE PARTEI



Bei der nächsten Frage werde ich verschiedene Eigenschaften und Behauptungen aufzählen. Bitte entscheiden Sie, für welche der nachfolgenden Parteien diese Behauptungen und Eigenschaften am ehesten zutreffen: Fidesz-KDNP, MSZP, Jobbik, Mi Hazánk (Unsere Heimat), LMP, Párbeszéd (Dialog), DK, Liberale, Witzpartei MKKP, Momentum-Bewegung.

Die landesweit repräsentative Erhebung fand unter Befragung von 1.000 Personen statt. Die Daten wurden zwischen dem 25. und dem 29. Januar 2019 erhoben. Die Angaben verstehen sich in Prozent.  NÉZŐPONT INTÉZET

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DER STAATSHAUSHALT BESCHLOSS DEN MONAT JANUAR MIT EINEM ÜBERSCHUSS

Im Vergleich zum Januar 2018 konnte der Fiskus im Januar 2019 ein Viertel mehr Erlöse generieren. Schloss der Staatshaushalt vor einem Jahr zum Monatsende mit einem Defizit von 193 Milliarden Forint ab, zeigte sich Ende Januar dieses Jahres ein positiver Saldo von 245 Milliarden Forint.

Seit langem steht ein Profilwechsel der ungarischen Regierung in der Haushaltspolitik und Bewirtschaftungsstrategie auf der Tagesordnung. Im Sinne von Regierungsbeschlüssen, die der Ministerpräsident im Dezember 2018 gegenzeichnete, soll der Saldo des Zentralhaushaltes für 2020, d. h. für den ins Haus stehenden Haushaltsentwurf des kommenden Jahres, bereits ein positives Vorzeichen erhalten. Diese vorteilhafte Strategie zeitigte in den vergangenen Jahren zahlreiche Ergebnisse, woraufhin in diesem Januar eine Haushaltszahl veröffentlicht werden konnte, wie das seit 20 Jahren nicht der Fall war: Der Saldo wies auch ohne EU-Gelder einen Überschuss aus, der sich aus einem Plus von 186,5 Milliarden Forint im Zentralhaushalt, von 23,0 Milliarden Forint bei den staatlichen Sonderfonds beziehungsweise von 35,0 Milliarden Forint bei den Sozialversicherungskassen zusammensetzt.

Die Einnahmen im Zentralhaushalt beliefen sich im Januar auf insgesamt 1.969,9 Milliarden Forint, was 10,1 Prozent der Jahresvorgabe sind. Angesichts solcher Zahlen muss es nicht verwundern, dass die Regierung in einem Beschluss des Ministerpräsidenten vom vorigen Dezember schon für 2021 mit einem Staatshaushalt im positiven Bereich rechnet. Dank der positiven Wirtschaftsentwicklung können auch die Ratingagenturen Aufwertungen vornehmen. Vor zwei Wochen hob Standard & Poor's die Bonität der Auslandsschulden auf „BBB“ an, vergangene Woche folgte Fitch Ratings: Überraschen musste keiner dieser Schritte, legte Ungarn doch im vergangenen Jahr zum sechsten Mal in Folge ein herausragendes Wachstum vor. Zwar nahmen die Schulden der Privathaushalte 2018 wieder zu, doch nahmen die Staatsschulden und die externen Schulden im Verhältnis zum BIP weiter ab: Im Januar verringerten sich die Devisenschulden des Zentralhaushalts im Vergleich zum Stand am Jahresende um nochmals 350,9 Milliarden Forint auf 5.373,9 Milliarden Forint. Allein der erstarkende Forint trug mit 95,7 Milliarden Forint zu diesem Rückgang bei. Die Aufwertung der Bonität löste deshalb keine großartigen Reaktionen am Markt aus, weil die Anleger die ungarische Wirtschaft bereits um zwei Kategorien höher als die Ratingagenturen einstufen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

NACH DEN WAHLEN VOM APRIL DÜRFTE SICH DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN ISRAEL UND POLEN NORMALISIEREN

An Stelle des ursprünglich geplanten multilateralen Treffens V4-Israel kam es zwischen den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder zu bilateralen Gesprächen, nachdem der erst unlängst ernannte neue israelische Außenminister auf undiplomatische Weise die politische Führung Polens beleidigte, die das Gipfeltreffen daraufhin absagte. Die Provokation von Seiten des Außenministeriums Israels war hauptsächlich den anstehenden Wahlen in Israel zuzuschreiben.

Jener diplomatische Schlagabtausch, der sich vergangene Woche zwischen den Regierungen Israels und Polens abspielte, berührt die gemeinsame Interessenvertretung der Visegrád-Staaten (V4) und deren Strategie bei der Ausgestaltung internationaler Beziehungen nicht. Sowohl Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu als auch der Geschäftsführende Außenminister Israel Kac hatten beleidigende Äußerungen in Verbindung mit der Rolle der Polen im Zweiten Weltkrieg gewagt. Der Außenminister zitierte am 17. Februar eine vom früheren Ministerpräsidenten Jitzchak Schamir noch 1989 geäußerte Meinung, bevor er – um seinen Äußerungen die Spitze zu nehmen – davon sprach, mit der polnischen Regierung könne man in strategischen Fragen zusammenarbeiten.

Der erst unlängst ins Amt gelangte Außenminister dürfte diese heftigen Aussagen, mit denen er den Nationalstolz der Polen berührte, aus zwei Gründen gemacht haben. Zum einen wollte er Netanjahu mit dieser Ansage provozieren, zum anderen formulierte er diese Gedanken ganz bestimmt aus innenpolitischer Abwägung, um davon in der gegenwärtigen Lage Israels zu profitieren. Wenn man diese Dinge ins Kalkül zieht, darf im weiteren Verlauf mit einer Normalisierung der Beziehungen und der Organisation eines neuerlichen Gipfeltreffens der V4-Staaten mit Israel gerechnet werden.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

AUF FACHLICHER EBENE ZEIGT SICH ÜBEREINSTIMMUNG IN DER SACHE DER AKADEMIE

Wenngleich die politische Druckausübung von Seiten der Leitungsgremien der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) in ihrer Kommunikation auch weiterhin wahrnehmbar ist, muss man doch ganz klar sehen, dass es sich bei der Leitung und dem Forschungsnetz um zwei eigenständige Institutionen handelt, wobei sich die Debatte einzig im Kontext der Reform der Forschungsinstitute ergibt. Der Grund dafür ist, dass die Beaufsichtigung des Forschungsnetzwerks durch den Akademischen Rat der Forschungsinstitute wahrgenommen wird, dessen Mitglieder durch die Delegiertenversammlung gewählt werden. Dieses Entscheidungsorgan stimmt zugleich über die

Gründung und Umstrukturierung von Forschungsinstituten ab. Das Forschungsnetzwerk der Akademie ist zugleich organischer Bestandteil des institutionellen Systems der einheimischen Forschung und Entwicklung. So wird die Zielstellung des Ministeriums für Innovationen und Technologien (ITM) verständlich, die Forschungsinstitute effizienter in die Marktprozesse einzubeziehen. Aus diesem Grund gelangten die Gelder des Forschungsnetzes im Haushaltsgesetz für 2019 zum ITM, während die Akademie Vorschläge hinsichtlich der Ausgestaltung der neuen Bewirtschaftungsstrukturen unterbreiten sollte. Solche Vorschläge waren in der Öffentlichkeit jedoch bislang nicht zu vernehmen; stattdessen hält die MTA-Führung die Angelegenheit auf einer politischen Ebene, obgleich die parallelen Verhandlungen auf fachlicher Ebene weitaus fortgeschrittener sind. Das Problem besteht in einem Aufeinanderprallen wirtschaftlicher Aspekte mit politischen Interessen. Dessen ungeachtet kann im weiteren Verlauf mit friedlichen und erfolgreichen Konsultationen gerechnet werden, welche Zuversicht durch das jüngste Treffen zwischen Minister László Palkovics und MTA-Präsident László Lovász untermauert wird, welches nach Aussagen beider Teilnehmer in einer freundschaftlichen Atmosphäre stattgefunden habe.

NACH DEN EUROPAWAHLEN ENTSCHIEDET SICH DAS SCHICKSAL DER HEUTIGEN KOALITIONEN

Ausländische Politiker stellten die Existenzberechtigung einer Mitgliedschaft von Fidesz-KDNP in der Europäischen Volkspartei (EVP) in Frage, nachdem die ungarische Regierung wenige Monate vor der Neuwahl des Europaparlaments eine Informationskampagne einleitete. Bis zu den Parlamentswahlen im Mai wird es ganz bestimmt nicht zu einem Ausschluss des Fidesz kommen: Die ungarische Partei wird die EVP nicht verlassen, die Kritiker wiederum werden keinen Erfolg mit ihren Anträgen auf einen Ausschluss des Fidesz haben, weil sie damit dem Wahlkampf der Sozialdemokraten enorm den Rücken stärken würden. Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, Frans Timmermans, unternahm mehrfache Versuche, Ungarn und dessen Regierung im Vorfeld des Wahltags zum Wahlkampfthema zu machen. Gegen die Möglichkeit eines Ausschlusses spricht des Weiteren, dass es im Interesse der EVP liegt, den Fidesz in ihren Reihen zu halten, nachdem die Ungarn mindestens 12 Mandate, aber eher noch 13-14 Mandate beisteuern können, ganz zu schweigen von den ungarischen Kandidaten im Ausland beziehungsweise den Abgeordneten von Parteien, die mit dem ungarischen Ministerpräsidenten ein enges Bündnis unterhalten. Das gewinnt noch an Relevanz, da aktuell

einzelne Prognosen von grundlegenden, gewissermaßen tektonischen Verschiebungen im Europaparlament im Ergebnis der Europawahlen sprechen.

PROGNOSE

- **Die vorgezogenen Wahlen in Spanien könnten eine für die ungarische Regierung erstrebenswerte politische Wende in der Europäischen Union einleiten, denn aktuellen Umfrageergebnissen zufolge würde der bürgerliche Block PP-Ciudadanos-VOX über eine Mehrheit im neuen Parlament verfügen.**

In Spanien könnte eine neue Koalition an die Macht gelangen, die den durch die ungarische Regierung vertretenen politischen Stellungnahmen gegenüber aufgeschlossener wäre. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios wird dadurch bestärkt, dass es in Andalusien seit der Regionalwahl vom Dezember bereits eine Zusammenarbeit zwischen PP und VOX auf Koalitionsebene gibt. Relevant ist zudem, dass der PP-Vorsitzende Pablo Casado in der Einwanderungspolitik nicht der Ideologie von Rajoy folgt, sondern einen kritischeren Ton gegenüber der Migration anschlägt. Eine eventuelle politische Wende in Spanien könnte dazu beitragen, den ungarischen Standpunkt in dieser Frage auf europäischer Ebene effizienter zu repräsentieren.